

Wandert Italien in den Faschismus?

Judith Gleitze,
borderline-europe in Palermo

*Italien ist lange nicht mehr so zerrissen gewesen wie seit dem Antritt der rechten Regierung im Sommer 2018. Während sich ziviler Ungehorsam breitmacht, rutscht das Land gleichzeitig in eine präfaschistische Zeit ab, in der die Rechte aller beschnitten werden, nicht nur die von Migrant*innen und Geflüchteten.*

„Der 27. November 2018 wird als der schwarze Dienstag der Italienischen Republik in Erinnerung bleiben, weil das Parlament das Sicherheitsdekret in Kraft gesetzt hat, das in klarem Widerspruch zu den Prinzipien unserer Verfassung steht. Dies geschah ohne eine parlamentarische Debatte [...] Das ist ein schlechtes Zeichen für unsere Demokratie!“ So lauteten die einleitenden Worte von Padre Alex Zanotelli, der im Dezember 2018 zum zivilen Ungehorsam in Italien aufrief. Zanotelli ist Priester des katholischen Ordens der Combonianer und seit jeher ein streitbarer Geist für Demokratie und Menschenrechte.

„Das Sicherheitsdekret ist auch für Italiener*innen ein repressives Gesetz. So werden zum Beispiel Straßen- oder Eisenbahnblockaden (eine aktive gewaltfreie Strategie) zum Straftatbestand. Versammlungen von Personen (ein grundlegendes Element der Demokratie) können verboten werden [...] Ist dies vielleicht der Beginn eines Polizeistaates, der vom starken Mann gesteuert wird?“

Mit allen Mitteln ist die Regierung Conte mit ihrem Innenminister Matteo Salvini von der rechtsgerichteten Lega und den Kolleg*innen der Fünf-Sterne-Bewegung darum bemüht, menschenwürdiges Handeln und bewussten Einsatz für Integration und Demokratie zu unterlaufen. Ganz klar gesagt werden muss dabei jedoch auch: Den Weg hat die vorherige demokratische Regierung vorbereitet, so wie viele massiv die Rechte von Migrant*innen beschneidende Entscheidungen, zum Beispiel die Einführung der Abschiebungshaft. Tatsache ist, dass ein Großteil der Bevölkerung dieser Trump-ähnlichen Politik der Fake News auf den Leim geht. Das zeigt sich in einer aktuellen Umfrage eines Meinungsforschungsinstitutes: Die Akzeptanz der beiden Parteien Lega und Fünf-Sterne-

Migrationpolitik in Italien

Bewegung liegt bei knapp 60 Prozent, „inhaltliche“ Diskussionen werden jedoch fast ausschließlich über die sozialen Medien geführt.

Die Regierung schafft irreguläre Migrant*innen

Salvini, der einzige Vertreter der Regierung, der sich zu allen Themen äußert, auch zu denen, die nicht zu seinem Arbeitsgebiet gehören, hat letztendlich seine gesamte Politik auf seinen Erfolg, die Grenzen geschlossen zu haben, reduziert. Selten geht es um andere, für die Bevölkerung wichtige Belange wie Renten, Steuern oder ähnliches. Die durch die geschlossenen Häfen nicht mehr erfolgenden Ankünfte scheinen seinen Erfolg zu bestärken. Doch niemand scheint zu verstehen, dass die Regierung das sogenannte Problem der Migration nur ausgelagert hat. Mit massiven Erpressungsversuchen hat es Salvini geschafft, dass gerettete Geflüchtete nur noch in Italien an Land gehen dürfen, wenn sie dann in andere europäische Staaten umverteilt werden. Es scheint jedoch niemand nachzufragen, ob das auch geschieht. So stellt sich in einer Kleinen Anfrage der LINKEN heraus, dass von den seit letztem Sommer 185 Geretteten, die sich auf Malta und Sizilien befanden, bisher nur 89 verteilt wurden, 27 Menschen warten sogar seit August/September im sizilianischen Pozzallo auf ihre Verteilung. Auch die Schließungen der großen Zentren für Asylsuchende (CARA), seit langem von vielen Flüchtlingsorganisationen gefordert, verbucht Salvini nun für sich.

Doch der Teufel steckt im Detail: Nur wenige Medien machen darauf aufmerksam, was die Schließung für die Geflüchteten bedeutet. Asylsuchende werden

nun in „Notstands“-Zentren, sogenannte CAS, umverteilt. Die Regierung hat die Gelder für diese Zentren massiv gekürzt, sodass es hier faktisch nur noch um Schlafen und Essen, aber keinesfalls um Integration und psychosoziale Hilfe geht. Die bisher bestehenden Zweitunterkünfte (SPRAR) sind nun nur noch Geflüchteten mit internationalem Schutztitel und unbegleiteten Minderjährigen vorbehalten. Alle anderen Geflüchteten, die sich noch in den großen CARA aufhielten, aber schon einen Aufenthaltstitel hatten und nicht wussten wohin, wurden und werden kurzerhand auf die Straße gesetzt.

Ein weiteres massives Problem ist die Abschaffung des humanitären Aufenthaltes, eines italienischen Aufenthaltstitels, der die Abschiebung verhinderte und eine Arbeitsaufnahme erlaubte. Wer den Titel verlängern muss und nicht mehr in das neu geschaffene Schema passt, verliert den Aufenthalt bei der Verlängerung und wird damit irregulär. Unbegleitete Minderjährige, die einen Asylantrag gestellt haben, welcher in letzter Instanz abgelehnt und bei denen es verpasst wurde, einen Aufenthaltstitel aufgrund des minderjährigen Alters zu erwirken, werden ebenso mit ihrer Volljährigkeit irregulär. Das Institut für internationale politische Studien (ISPI) veröffentlichte Mitte Februar 2019, dass seit Juni 2018 bis Januar 2019 45.000 Asylgesuche abgelehnt, aber „nur“ 5.000 Personen abgeschoben wurden. Laut ISPI wird es bis 2020 140.000 zusätzliche irreguläre Personen in Italien geben (derzeit seien es geschätzt 533.000 Personen).

Kurz: das neue System, das den Italiener*innen ‚mehr Sicherheit‘ verspricht, führt vor allem zu mehr Sichtbarkeit von irregulären Obdachlosen und einer chaotischen Situation auf der Straße. Sicherlich wird dies ein Grund mehr für die Regierung sein, die Zügel erneut schärfer anzuziehen, um diesem Problem „Herr“ zu werden. Leider ist dieses strategische Spiel dem Großteil der Bevölkerung nicht klar.

Kriminalisierung versus Straffreiheit

Unterdessen gehen die Vorwürfe gegen die Nichtregierungsorganisationen in der Seenotrettung weiter. Die Sea-Watch 3, „das best-untersuchtete Schiff der sieben Weltmeere“ wie die Organisation nach



wochenlangen Prüfungen des Schiffs im Hafen von Catania auf Twitter schreibt, ist nun zur Überholung nach Frankreich gefahren. Noch ist nicht sicher, ob die niederländische Regierung, unter deren Flagge das Schiff fährt, eine erneute Ausfahrtgenehmigung erteilen wird. Die massiven Angriffe Italiens auf die zivile Seenotrettung haben auch andere Regierungen infiziert, was zum zweimaligen Flaggenentzug der Aquarius, dem Schiff der Organisation SOS Méditerranée, und zum Festlegen der Schiffe von Pro Activa Open Arms und des Projektes Maydayterraneo in Spanien führte. Immer mehr kleinere Nichtregierungsorganisationen und Vereine werden angegriffen, ihre Arbeit diffamiert.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer gab das Ministerialgericht von Catania. Diese Gerichte sind zuständig für Klagen gegen Amtsträger*innen. Das zuständige Gericht in Catania wollte Innenminister Salvini für den Freiheitsentzug von 177 Migrant*innen auf dem italienischen Küstenwachtschiff Diciotti im Sommer 2018 verklagen. Die Diciotti hatte 190 Menschen vor Libyen gerettet und versucht, diese nach Lampedusa zu bringen, dann aber keine Einlaufgenehmigung erhalten. Nur 13 kranke Personen wurden ins Tageshospital der Insel gebracht. Im sizilianischen Catania angekommen, konnte sie zwar anlegen, durfte die verbliebenen 177 Menschen sowie das gesamte an Bord befindliche Personal, darunter auch Vertreter*innen einer Nichtregierungs-

organisation, über fünf Tage nicht von Bord lassen. Um Salvini, den Ministerpräsidenten Conte und Di Maio, den stellvertretenden Ministerpräsidenten der 5-Sterne-Bewegung, anzuklagen, muss jedoch deren Immunität aufgehoben werden. In einer tagelangen Zerreißprobe hat der Senat letztendlich dagegen gestimmt, damit kann das Verfahren nicht durchgeführt werden. Salvini und die anderen haben einen erneuten Sieg errungen. Inzwischen haben jedoch mehrere betroffene Migrant*innen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und vor dem Zivilgericht in Rom eine Entschädigung für die Freiheitsberaubung gefordert. „Die Antwort ist ein Lachen, wir machen weiter, wenn es ihnen in Italien nicht gefällt, sollen sie dorthin zurückkehren, von wo sie gekommen sind“, ist die selbstsichere Antwort Salvinis auf Twitter.

Proteste in schwierigen Zeiten

Dennoch gibt es auch Proteste gegen die Regierung und ihren Innenminister. Mehrere Regionen haben sich dazu entschlossen, Klage gegen das Sicherheitsgesetz vor dem italienischen Verfassungsgericht einzureichen. Auch zivile Proteste nehmen zu: „Non siamo pesci“ – wir sind keine Fische – hieß der Aufruf für eine Demonstration in Rom, auf der ein sicherer Hafen für die Sea-Watch 3 und ihre 47 Gäste sowie eine sofortige Untersuchungskommission für die Toten auf dem Mittelmeer gefordert wurde. #Öffnet die Häfen, #indivisible – unteilbar – nennen sich andere Bewegungen. #Unteilbar hatte am 10. November 2018 100.000 Menschen in Rom auf die Straße gebracht.

Doch machen wir uns nichts vor, die Medienmaschinerie Salvinis ist sehr stark, was Widerstand und Proteste erschwert. Heutzutage ist es einfacher, Facebook- und Twittermeldungen Glauben zu schenken, ein virtuelles „gefällt mir“ abzugeben und möglichst wenig nachzudenken. Inzwischen wird sogar der Papst, der sich positiv zum Thema Migration äußert, immer häufiger angegriffen, ein ernstzunehmendes Phänomen in einem katholischen Land wie Italien. Wir befinden uns längst in einem rechten Europa, nach Ungarn scheint nun auch Italien in den Faschismus abzudriften. Und wieder einmal hat es (fast) niemand gewusst.